

Martin Kutz

Die Ökonomie Mitteleuropas in der Transformation

Zur Wiederentstehung traditioneller Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsbeziehungen

I. Einleitung

Dieser Überblick über soziokulturelle und ökonomische Entwicklungen in Mitteleuropa geht von fünf Überlegungen aus: Die erste ist, dass langfristig gewachsene Strukturen nur sehr schwer veränderbar sind. Was sich über Jahrhunderte entwickelt hat, lässt sich nicht kurzfristig verändern. Die zweite geht davon aus, dass ökonomische Entwicklungen immer wieder ein System von Zentrum und Peripherie zustande bringen, das in sich vielfältig gegliedert ist und sich auch ständigem Wandel ausgesetzt sieht, sich aber als solches immer wieder herstellt¹. Die dritte Überlegung berücksichtigt die Tatsache, dass die kulturellen Zentren und die Gebiete besonders aktiver und produktiver Kultur weitgehend mit den ökonomischen Zentren identisch, mindestens aber hochgradig mit ihnen verknüpft sind. Die vierte konstatiert, dass sich solche geographisch fixierbaren Entwicklungsstränge für das betreffende Gebiet beschreiben lassen, und die letzte ist die, dass all dies sowohl Erklärungen für die ökonomischen Probleme dieser Regionen zumal im letzten Jahrhundert bieten kann wie auch Trends für die wirtschaftliche Entwicklung Europas erkennen lässt².

Politiker und Ökonomen orientieren sich meist an kurz- und mittelfristigen Perspektiven. Die kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung ist dagegen im Wesentlichen davon geprägt, dass ökonomische und kulturelle Entwicklungen langfristig sind. Man weiß um Konjunkturen, Wachstumszyklen, Depressionen auch als kurzfristige Erscheinungen. Man kennt aber auch Wachstum, Blüte

1 Zu dieser Fragestellung vgl. Hans Heinrich Nolte (Hrsg.), *European Internal Peripheries in the 20th Century*, Stuttgart 1997; hier wird das lange unbeachtet gebliebene Thema von Zentrum und Peripherie europaweit wieder aufgegriffen.

2 Vgl. Martin Kutz, *Zentrum und Peripherie, oder: Über den Zusammenhang von kultureller und wirtschaftlicher Dynamik Europas in Geschichte und Gegenwart*, in: ders./Petra Weyland (Hrsg.), *Europäische Identität? Versuch, kulturelle Aspekte eines Phantoms zu beschreiben*, Bremen 2000, S. 118–232.

und Untergang von Kulturen oder innerhalb einer Kultur von bestimmten kulturellen Zentren. Dies bedeutet letztlich, dass Jahrzehnte, in manchen Zusammenhängen Jahrhunderte, langsamer Veränderung im historischen Kontext dominieren. Zugleich hat die wirtschaftshistorische Forschung gezeigt, dass – oft unabhängig von politischen Machtverhältnissen – bestimmte Regionen eine besondere ökonomische und kulturelle Dynamik zeigen und die umliegenden Regionen sich ökonomisch auf solche dynamische Zentren hin strukturieren³.

II. Zur Verschränkung von kultureller Kreativität und ökonomischer Dynamik

Die enge Beziehung zwischen kultureller Kreativität und ökonomischer Dynamik wird z. B. deutlich, wenn man in Europa die romanischen und gotischen Kirchenbauten auf ihre geographische Verteilung hin untersucht. Ungefähr 80 Prozent aller Bauten dieser Stilrichtungen entstanden in Räumen besonderer ökonomischer Dynamik. Wirtschaftliche Aktivität und Kunstproduktion – von Architektur über bildende Kunst, Literatur, Musik etc. – hängen also unmittelbar zusammen. Aber schon im Mittelalter wird deutlich, dass diese Abhängigkeit keine Einbahnstraße ist. Die schlichte Formel, Reichtum schafft Kunst, ist falsch, solange übersehen wird, dass die innovativen Kräfte der Kultur direkt oder indirekt wiederum an der Produktion von Reichtum beteiligt sind. Die einseitige Version der Beziehung von Kunst und Reichtum übersieht zudem einen wichtigen Faktor ökonomisch-kultureller Entwicklung: Schon im Mittelalter hatten die ökonomischen Zentren eine große Anziehungskraft auf innova-

3 Vgl. Immanuel Wallerstein, *The Modern World System*, London 1974; (Das moderne Weltssystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1986).

tive, aufstrebende Menschen. Ob es in der Zeit vor den großen Städten die „Mönchsstädte“, also die Klöster waren – manche umfassten mit allem Hilfspersonal bis zu zweitausend Personen – oder später die Bürgerstädte als Gewerbe- oder Handelsstadt, sie waren Magnete für den innovativen, unruhigen Teil der Menschen. Diese Magnetwirkung hat zu allen Zeiten das ökonomische und das kulturelle Potenzial dieser Zentren gestärkt.

Versucht man diese Phänomene und die der weiteren Entwicklung geographisch genauer zu bestimmen, so zeigt sich, dass es seit dem hohen Mittelalter in Europa zwei Schienen dynamischer Wirtschaftsentwicklung gibt. Die erste liegt zwischen London und Mailand, ist im Westen durch die Seine mit der Isle de France und das Rhônetal begrenzt und umfasst im Osten das engere Einzugsgebiet des Rheins, die Schweiz und Norditalien bis Venedig⁴. Die zweite Schiene verläuft von Hamburg über Prag bis Wien mit einem Abzweig über Berlin und Breslau nach Krakau. Diese Zone besonderer Dynamik hat sich in der frühen Neuzeit mehr und mehr in den Vordergrund geschoben und ist ihrer Bedeutung nach bis zum Ersten Weltkrieg immer gewachsen. Ein wirtschaftsgeographischer Nebenzweig sind die Küstengebiete der Ostsee, im Mittelalter das Einflussgebiet der Hanse. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die europäische ökonomische Entwicklungsdynamik innerhalb dieser geographischen Grenzen ihre Heimat. In früheren Jahrhunderten waren es Handel, Handwerk, Manufaktur und agrarische Produktion, die sich dort konzentrierten. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurde nach und nach Landschaft für Landschaft – entsprechend ihrer Bedeutung vor der Industrialisierung – in den Industrialisierungsprozess hineingezogen. Ökonomische Dynamik und Regionen mit großer ökonomischer wie kultureller Tradition gehören also über Jahrhunderte zusammen. Erst der Eisenbahnbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erschloss auch Randgebiete.

Was mag die Ursache solcher jahrhundertalter Konstanz in der Dynamik sein? Sicher hat die europäische Stadt, nachdem sie im Hochmittelalter endgültig die großen Klöster in ihrer ökonomischen und besonders kulturellen Bedeutung überflügelt hat, eine zentrale Rolle gespielt. Sie war seitdem immer der Anziehungspunkt für die aufstrebenden dynamischen Teile der Bevölkerung,

⁴ Dieses Gebiet ist schon seit Jahrhunderten die am dichtesten besiedelte Region Europas mit einer Bevölkerungsdichte um 40 Menschen pro km², damit ca. dreimal so dicht besiedelt wie andere Regionen (Stand ca. 1600). Vgl. Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Band 1: Der Alltag, München 1985. Damit bestand damals wegen geringer landwirtschaftlicher Erträge akute Überbevölkerung.

und sie war von einer bestimmten Größe an auch differenziert genug, um durch Arbeitsteilung, Spezialisierung, Luxusproduktion, Luxuskonsum wie auch durch die Produktion und Pflege bildender Kunst, Literatur und Musik alle Merkmale der Hochkultur zu ermöglichen⁵. Sie wurde damit zu einem Anziehungspunkt für alle denkbaren Begabungen. Wer sich etwas Besonderes zutraute, ging in das nächste ökonomisch-kulturelle Zentrum, und wenn er sich durchsetzen konnte, über seinen engeren Wirkungskreis hinaus bekannt wurde, wanderte er auch weiter in die nächste attraktive Stadt. Die großen Städte wurden so seit dem Mittelalter Magneten für Architekten, Bildhauer, Maler, Komponisten, Musiker und für besonders befähigte Kunsthandwerker.

Ein anderer Aspekt der Wirkungen kultureller Zentren und Traditionen wird deutlich, wenn man den Prozess der Industrialisierung in Europa vor diesem Hintergrund befragt. Sicher sind im 19. Jahrhundert die industriellen Zentren sehr eng an die Gebiete mit natürlichen Rohstoffvorkommen angebunden. Die Nähe zu Kohle- oder Eisenerzvorkommen war ein wesentlicher Standortfaktor in England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Böhmen. Aber um die Jahrhundertwende wird selbst Norditalien ein industrielles Zentrum, vorher schon die Isle de France, München, Nürnberg, Berlin: alles Standorte ohne Rohstoffnähe, aber mit jahrhundertalter kultureller Tradition und innerhalb der Zonen spezieller Wirtschaftsdynamik. Solche Standorte hat es beispielsweise in Westfrankreich, Polen oder Ungarn nicht gegeben. Diese Gebiete sind geblieben, was sie Jahrhunderte waren: Peripherie.

Fasst man all diese Faktoren zusammen, so wird deutlich, dass die zunächst natürlichen Vorteile der Region sich über ökonomische, soziale, politische und vor allem kulturelle Traditionen verfestigt haben und dass es bis zum Ersten Weltkrieg keine ernsthaften Einflüsse, politischen Maßnahmen, Wirkungen welcher Art auch immer gegeben hat, die diese Traditionen und gewachsenen Strukturen wirklich in Gefahr gebracht hätten. Die langfristige Entwicklung wurde erst durch die Weltkriege und ihre Folgen in Frage gestellt. Bis dahin ist es ganz offensichtlich richtig, zu behaupten, dass die so genannten „harten“ ökonomischen Strukturen den eher „weichen“ kulturellen folgten, sie zumindest ohne Letztere nicht existierten. Es liegt deshalb nahe, solches auch für die Gegen-

⁵ Vgl. Werner Sombart, *Liebe, Luxus und Kapitalismus* (Nachdruck der Ausgabe von 1922), München 1967, sowie ders., *Der moderne Kapitalismus*, Bd. 1: Die vorkapitalistische Wirtschaft (Nachdruck der 2. Auflage von 1916), München 1987.

wart und vor allem für die Zukunftsaussichten der hier untersuchten Regionen zu vermuten und „weiche“ kulturelle Faktoren als Wachstumsindikatoren zu beachten.

III. Zur Wirkung der Weltkriege auf die europäische Entwicklungsdynamik

Was ist nun die besondere Wirkung der beiden Weltkriege? Zumindest für den hier untersuchten Raum steht fest, dass der Erste Weltkrieg seit dem Dreißigjährigen Krieg der erste gewesen ist, in dem nicht nur die für den Krieg produzierten Güter verbraucht wurden und die Zerstörungen im Kampfgebiet länger anhaltende negative Auswirkungen hatten. Er ist der erste Krieg, der in bis dahin ungeahntem Ausmaß volkswirtschaftliche Produktionspotenziale verschlissen hat, ohne dass Reinvestitionen – außer in kriegswichtige Industrien – möglich gewesen sind. Die Bevölkerungen in Teilen Europas verarmten, nicht nur der einzelne Bürger, dessen Gewerbe stillgelegt oder dessen Ersparnisse von der Inflation aufgezehrt wurden. Dazu gehört auch der riesige „Verbrauch“ an Humankapital durch Tod, Verwundung und in Deutschland besonders auch durch den Hungertod von Zivilisten⁶. Wahrscheinlich wären aber alle diese Kriegsfolgen relativ schnell überwindbar gewesen – die geänderte Politik nach dem Zweiten Weltkrieg hat das für Westeuropa bewiesen und damit gezeigt, was nach dem Ersten Weltkrieg notwendig gewesen wäre –, hätte nicht eine erstmals aufs „Nationale“ fixierte „National“ökonomie die Politik beherrscht. Um die eigenen Kriegsschäden schneller zu überwinden, haben alle beteiligten Nationen versucht, sich selbst auf Kosten der anderen zu sanieren. Was isoliert betriebswirtschaftlich gedacht als konsequent richtig erschien, hatte für die Weltwirtschaft verheerende Folgen⁷. Die alte Goldwährung war dahin, Währungspolitik wurde zum Instrument nationaler wirtschaftspolitischer Interessen. Die neuen Grenzen wurden nun wirtschaftspolitische Gräben und Dämme, mit deren Hilfe der Krieg ökonomisch fortgesetzt wurde. Das Habsburger Reich zerfiel nicht nur politisch, die wirtschaftspolitische Einheit wurde ebenfalls aufgegeben. Das alte Staatsgebiet teilten

6 Vgl. Martin Kutz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte in beiden Weltkriegen. Literaturbericht aus geschichtswissenschaftlicher Sicht, sowie: Bibliographie, beides in: SOWI (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr), Berichte 22, München 1980.

7 Vgl. John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, London 1920.

sich nunmehr viele verschiedene „Nationen“, jede darauf bedacht, ihre ökonomischen Vorteile zu wahren. Kaum ein Produktionszweig von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie in den sieben Nachfolgestaaten war von dieser Erscheinung ausgenommen. Eine für die Verhältnisse der Zeit gigantische Fehlleitung von Kapitalien war die Folge; die von den drei Großmächten England, Frankreich und Deutschland mit politischen Zwecken belastete Kapitalmarktpolitik in diesen Nachfolgestaaten verschärfte das Problem⁸.

Das nationale Interesse all dieser neuen Staaten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien) war es, sich ökonomisch aus der Vorherrschaft Deutschlands und Deutschösterreichs zu befreien, die vor dem Kriege als ungerecht empfunden worden war. Der aufs Nationale gerichtete politische Blick hat dabei übersehen, dass diese Dominanz des Deutschen nicht auf nationaler Politik beruhte, sondern darauf, dass im Gebiet ökonomischer Dynamik zwischen Hamburg und Wien, bzw. Hamburg, Berlin und Krakau aus historischen Gründen deutsche Bevölkerungsteile überwogen oder diese auf Grund mittelalterlicher Siedlungspolitik ökonomische Schlüsselbereiche besetzten⁹. Das als national verstandene ökonomische Interesse der neuen Staaten verwechselte historisch gewachsene kulturell-ökonomische Strukturen mit politisch erzwungener Vorherrschaft. Politische Befreiung schien nur möglich, wenn man die gewachsenen Strukturen zerstörte. Genau das haben alle Nachfolgestaaten der Donaumonarchie gegen die frühere deutsche Vorherrschaft und auch untereinander zu organisieren versucht¹⁰.

Unter der historisch-ökonomischen Perspektive, die dynamischen Entwicklungsschienen in Europa als strukturelle Einheiten aufzufassen, bedeutet das, dass die neuen Nachfolgestaaten mit aller Gewalt versucht haben, die Zwänge der durch Zentrum und Peripherie gegebenen Abhängigkeiten aufzubrechen, um eine selbst kontrollierte, nationale Entwicklungsdynamik außerhalb der historischen Strukturmuster zu etablieren. Der Versuch ist in der Weltwirtschaftskrise untergegangen und hat zu einer nunmehr politisch erzwungenen Dominanz deutscher ökonomischer Interessen bis 1945 geführt, wobei die ersten politischen Geländegewinne Deutschlands schon 1934/35 in

8 Vgl. Alice Teichowa, *Kleinstaat im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, München 1988; dies., *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918–1938*, Cambridge 1974.

9 Vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Böhmens von der slawischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert*, München 1992².

10 Vgl. H. Gross, *Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft*, Leipzig 1937.

Jugoslawien und Rumänien zu verzeichnen waren¹¹, der Rest des Gebietes zum deutschen Okkupationsgebiet wurde.

IV. Die Wirtschaftsentwicklung in Mitteleuropa

Für den zentraleuropäischen Bereich hat dieses Experiment aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere Bedeutung bekommen. Da war es der Sowjetunion gelungen, mit Ausnahme des Ausgangspunktes Hamburg und des Endpunktes Wien – der zweiten europäischen Schiene traditioneller Entwicklungsdynamik – diese Achse komplett unter ihre politische Vorherrschaft zu bringen und damit fast vollständig aus dem Kontext der europäischen kapitalistischen Weltwirtschaft herauszuziehen.

Man hätte annehmen können, dass damit das realsozialistische Experiment einen tragenden Pfeiler für seine eigene Entwicklungsdynamik gewonnen hätte, nämlich die traditionell gewachsenen Ressourcen an Humankapital, kultureller Innovationsfähigkeit und damit die Grundlagen für eine eigenständige Entwicklung. Abgesehen davon, dass ökonomisch diese Gebiete für die Sowjetunion lange Zeit halbe Kolonien waren, haben die Vertreter dieses Systems den Kern ihrer entwicklungspolitischen Probleme nie verstanden: Dass solche Ressourcen nur dann sinnvoll genutzt werden können, wenn halbwegs freiheitliche Verhältnisse für die kulturellen (und dazu zählen auch die technischen) Eliten garantiert sind. Hatten alle Gebiete riesige Verluste an solchen Eliten allein schon durch Kriegseinwirkung und den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung, die gerade im kulturellen, wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Bereich besonders aktiv war, so zwang man eben diese Eliten, soweit sie noch im Lande vorhanden waren, in die Emigration oder in die reglementierte Untätigkeit.

Der Versuch kommunistischer Herrschaft, sich von der kapitalistischen Weltwirtschaft abzukoppeln und die Abhängigkeit von deren Zentren – die aus der eigenen relativen Unterentwicklung resultierte – aufzuheben, hat zusammen mit den politisch-ideologisch erzwungenen dirigistischen Maßnahmen die in Mitteleuropa vorhandenen

Potenziale gelähmt, gebremst, in falsche Richtungen gelenkt¹² und damit ökonomisch sinnlose Investitionen erzwungen, die nur solange berechtigt erscheinen konnten, wie das System selber noch existierte und – halbwegs – funktionierte.

Was bei der Analyse der Entwicklung seit 1989/90 weitgehend außer Acht gelassen wurde, ist, dass der Revitalisierung demokratischer Traditionen und der nationalen Wirtschaften – letzteres nach einer massiven Anpassungskrise – eine Revitalisierung kultureller Traditionen vorausging und eben dieser Prozess bis heute ungebrochen fort dauert¹³. Mit diesen Veränderungen eng verkoppelt ist die Wiedergewinnung der urbanen Mitte. Alte Stadtzentren, ihre Altbausubstanz wie auch kulturhistorische bedeutsame Bauwerke – vorher sträflich vernachlässigt – sind mittlerweile wieder belebt.

Was im Osten Deutschlands erst ab 1990 in Gang kam – die Sanierung der historischen Bausubstanz –, fand in Polen und der Tschechoslowakei schon seit Jahren statt. Auch hier ging es um das Anknüpfen an alte Traditionen. War dies offiziell eher der Versuch, polnisches oder tschechisches kulturelles Erbe auch dort zu reklamieren, wo es eigentlich mit dem der vertriebenen Deutschen verbunden war, so war unterschwellig auch immer ein antisowjetischer Zug in diesen Aktivitäten zu spüren, eine Sicherung gegen die Vereinnahmung und Vereinheitlichung nach Moskauer Muster. Dabei ging es in Polen um den Wiederaufbau im Kriege zerstörter, historisch bedeutsamer Substanz – was Polen zum Land erstklassiger Restaurateure in allen Bereichen vom Bau bis zum Bild oder Buch gemacht hat, und diese wieder zu einem nicht unbedeutenden Wirtschaftsfaktor. Die großen Städte Tschechiens oder der Slowakei blieben im Krieg weitgehend unzerstört, hier musste „nur“ erhalten, restauriert werden. Offenbar war die kulturelle Tradition in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei trotz aller Beeinträchtigungen nicht untergegangen. Am Musikleben und in der Literatur spürte man dies bis in den europäischen Westen. Literaten wie Václav Havel, György Konrad, Andrzej Szczypiorsky oder Bronislaw Geremek haben schon vor der friedlichen Revolution eine politische Rolle gespielt, und danach wurde Havel sogar Staatspräsident und Geremek polnischer Außenminister.

11 Vgl. Roland Schönfeld, Außenwirtschaftliche Integration in der Krise: Deutschland und Jugoslawien 1931–1937, in: Südosteuropa: Kontinuität und Wandel, hrsg. von Walter Althammer und Hansjörg Brey, München 1995; ders., Deutschsüdosteuropäische Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, in: ebd.

12 Zwei Länderstudien zeigen dies deutlich: Vgl. Roland Schönfeld, Bulgariens Außenhandel und die Rolle der deutschen Wirtschaft, sowie ders., Zur Westorientierung der jugoslawischen Außenwirtschaft, beide in: ebd. Hier wird vor allem deutlich, in wie großem Umfange diese Wirtschaften nicht mehr weltmarktfähig waren.

13 Ein früher und sorgfältiger Beobachter war Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990.

Irritierend für diejenigen, welche die organisierte Zusammenarbeit Westeuropas in politischen, ökonomischen und vielen anderen Bereichen als Selbstverständlichkeiten wahrnehmen, ist gleichwohl der anhaltende Hang dieser Länder zur Kleinstaaterei¹⁴. Selbst wenn Timothy Garton Ash mit seiner These Recht haben sollte, dass die Integration dieser Gesellschaften in die europäischen Strukturen zunächst wohl auf dem Umweg über die Erringung ethno-nationaler Souveränität erfolgt¹⁵, bleibt für einen Westeuropäer genug Grund zur Irritation. Der friedliche Zerfall der Tschechoslowakei und der gewaltgeprägte Jugoslawiens ließ das Schlimmste auch für die ökonomische Zukunft dieser Länder befürchten. Denn es ist eine Illusion zu glauben, dass die Rückkehr zur kapitalistischen Marktwirtschaft allein schon die Lösung der ökonomischen Probleme bedeutet. Diese Rückkehr selber ist ja noch in vielen, nicht unbedeutenden Teilen dieser Volkswirtschaften bis heute nicht zustande gekommen, weil die industriepolitische Erbschaft des kommunistischen Systems sich in den unwirtschaftlichen großindustriellen Komplexen nicht ohne schwerste soziale Verwerfungen überwinden lässt.

Mit ihrem Schritt zur EU-Assoziierung haben sich aber die wichtigsten Staaten unter Zugzwang gesetzt. Sie sind offenbar entschlossen, sich an die kapitalistisch-ökonomische wie auch an die soziokulturelle und politische Entwicklungsdynamik wieder anzukoppeln. Diese Entscheidung hat eine neue Dynamik in diesen Ländern in Gang gesetzt. Schaut man genau hin, ist dieser Prozess schon erkennbar und lässt sich an einer ganzen Reihe ökonomischer Daten festmachen¹⁶.

Die Reformstaaten – allen voran Tschechien, Polen und Ungarn – haben in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren von 1990 bis 1995, mit zum Teil radikalen Mitteln diesen Prozess der Etablierung freier Märkte und der Integration in die Weltwirtschaft betrieben¹⁷. Sie haben das zunächst

mit einer tief greifenden Anpassungskrise bezahlt. Die ökonomischen Daten zeigen aber, dass nicht nur die Krise der produzierenden Wirtschaft überwunden ist, sondern auch, dass die Region prosperiert und die Modernisierung des ökonomischen Apparates seit spätestens 1993 in Gang gekommen ist. Die Investitionen in Wirtschaftsbauten und Maschinen sind ab 1992/93 in allen diesen Ländern sprunghaft gestiegen¹⁸.

Die Krise selbst war auch deshalb so tief – zwischen 16,6 Prozent Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Ungarn und 21,4 Prozent in der Tschechoslowakei von 1989 bis 1992 –, weil der Außenhandel innerhalb des Gebietes des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zur gleichen Zeit von 42,9 Prozent auf nur noch 18 Prozent schrumpfte¹⁹. Bei der Umstellung des Preissystems auf die Weltmarktpreise war es für jeden dieser Staaten attraktiver, die nun mit konvertiblen Devisen zu bezahlenden Güter dort zu kaufen, wo das Angebot nach Preis und Qualität besser war – und das Gleiche zu versuchen mit der Etablierung des eigenen Angebotes auf den Weltmärkten. Die Konsequenz war die Ausrichtung der Außenwirtschaft dieser Reformstaaten auf Westeuropa. Genauer gesagt: Deutschland ist ihr wichtigster Handelspartner geworden. Schon 1993/94 wickelten alle Staaten außerhalb der ehemaligen GUS-Staaten – also von den baltischen Republiken bis nach Mazedonien und Bulgarien (ohne Albanien) – im Durchschnitt beider Jahre 21,2 Prozent ihrer Importe und 18,6 Prozent ihrer Exporte mit Deutschland ab²⁰. Diese enge Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft ist in den drei Ländern Polen, Tschechien und Ungarn deutlich höher (vgl. Tabelle 1).

Für Deutschland sind die mittel- und osteuropäischen (MOE-) Länder mittlerweile wichtigere Handelspartner als die USA, und die drei EU-Aspiranten nehmen allein mehr als die Hälfte der deutschen Exporte in die MOE-Staaten auf. Tschechien ist dabei Spitzenreiter. Allein 1994/95 ist der deutsche Export dorthin um 53 Prozent gewachsen (Polen 31 Prozent und Ungarn 34,5 Prozent). Mehr als die Hälfte dieser Exporte bestand aus Investitionsgütern²¹.

14 Das Phänomen ethno-nationalistischer Orientierung hat eine Flut von Publikationen produziert. Hier seien nur folgende aufgeführt: Hellmut Wollmann/Helmut Wiesenthal/Frank Bönker (Hrsg.), Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 15/1995; Hans-Dieter Klingemann/Jürgen Lass/Katrin Mattusch, Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum, Berlin 1994.

15 Vgl. Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.

16 Der Handel mit diesen Ländern hat allein 1996 um 11 Prozent zugenommen und einen Stand von ca. 133 Milliarden DM erreicht. Vgl. Hamburger Abendblatt vom 10. April 1997.

17 Einen guten Überblick mit Wirtschaftsdaten bieten: Wirtschaftsentwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Gutachten erstellt im Auftrag des BMfW, Mai 1995, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 178.

Zwei Jahre älter: Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Osteuropa auf dem Weg in die Marktwirtschaft, Köln 1993.

18 Vgl. BA-GC Investmentbank Austria AG (Hrsg.), Osteuropa Perspektiven, Wien, April/Mai 1995, insbesondere Tab. Nr. 11, 12, 13.

19 Vgl. Hans-Peter Fröhlich/Franz Josef Link, Makroökonomische Zwischenbilanz der Transformation in Mittel- und Osteuropa, in: Osteuropa auf dem Weg (Anm. 17).

20 Vgl. Neuere Tendenzen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Reformländern, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 1996, S. 33.

21 Vgl. ebd., S. 34f.

Tabelle 1: Der Außenhandel von Polen, Tschechien und Ungarn mit Deutschland in der Übergangskrise (in v. H.)

Exportanteil nach Deutschland	Polen	Tschechien (auch bis 1992 ohne Slowakei)	Ungarn
1990	25,1	18,2	18,3
1991	29,4	27,4	26,9
1992	31,4	32,9	27,8
1993	36,3	26,1	26,6
1994	35,7	29,3	28,2
Importanteil aus Deutschland			
1990	20,1	22,3	17,3
1991	26,5	24,9	21,4
1992	23,9	26,8	23,6
1993	28,9	25,4	21,6
1994	27,5	25,4	23,4

Quelle: Zusammengestellt nach: Wirtschaftsentwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas, in: Arbeiten aus dem Osteuropainstitut München, Gutachten für den BMfW, Mai 1995, S. 27, 52, 67.

Dies wiederum ist ein wichtiges Signal für einen weiteren Bereich ökonomischer Beziehungen: den Zustrom an Investitionskapital. Da die EU-Aspiranten eine zentraleuropäische Freihandelszone gebildet haben, ist der Markt von Polen, Tschechien und Ungarn (die Slowakei spielt dabei eine untergeordnete Rolle) für ausländische Investoren hochattraktiv. Allein in den drei Jahren von 1990 bis 1992 stiegen die Direktinvestitionen in Polen von 190 Mio. DM auf 1 150 Mio. DM, in Ungarn von 590 Mio. DM auf 5 000 Mio. DM und in Tschechien von 150 Mio. DM auf 2 510 Mio. DM²².

Damit verbunden ist für die drei Staaten allerdings das Problem, dass der Zustrom an Auslandskapital ein wesentliches Hindernis bei der Begrenzung der Geldmenge ist²³. Das bedeutet langfristig, dass über inflationäre Prozesse und die Angleichung der internen Kaufkraft der nationalen Währungen an die internationalen Preise die komparativen Vorteile bei den Arbeitskosten gegenüber Westeuropa langsam wegschmelzen. Die Devisenreserven der drei Staaten sind kontinuierlich gewachsen. Der Umtausch in Landeswährung bedeutet Geldvermehrung, diese wiederum inflationäre Preisentwicklungen und damit längerfristig die Erhöhung

der Löhne²⁴. In bestimmten Bereichen sind in den letzten Jahren sogar schon die Reallöhne gestiegen. Damit wird die Sorge in Deutschland vor der Billigkonkurrenz immer weniger realistisch, zugleich mit der Zunahme der Kaufkraft der MOE-Konsumenten die Märkte dieser Staaten für westeuropäische (und andere) Produzenten hochwertiger Güter dagegen immer interessanter.

Mit seinem Bedeutungszuwachs wird das Gebiet also für beide Formen wirtschaftlicher Durchdringung interessant: für den klassischen Handel ebenso wie für die Direktinvestitionen. Alle drei Länder profitieren von der Nähe zu Deutschland. Deutsche Unternehmer lagern die Produktion von Vorerzeugnissen und Endproduktion dorthin aus – einmal, um ihre Produktion in Deutschland zu verbilligen, dann aber auch, um in den MOE-Staaten den Markt zu erschließen. Die hohen Zuwachsraten bei der deutschen Einfuhr an Investitionsgütern aus den drei Staaten dürfte zum großen Teil auf diesen Prozess zurückzuführen sein²⁵.

Langfristig positiv für die Region dürfte auch die restriktive Importpolitik der EU bei Agrarprodukten sein. Sie verhindert in den MOE-Staaten eine Reagrarisierung, die dort nur für eine Übergangszeit Entlastung bewirken würde. Weniger als zwei Prozent der Exporte der MOE-Staaten waren

²² Vgl. Jörg Beyfuß, Osteuropas Position in der internationalen Arbeitsteilung. Stand und Perspektiven, in: Osteuropa auf dem Weg (Anm. 17) S. 46.

²³ Vgl. BA-GC Investment Austria Bank, April/Mai 1995, S. 7.

²⁴ Das heißt nicht, dass die außenwirtschaftlichen Faktoren die einzigen sind, die die Inflation bewirken.

²⁵ So der Monatsbericht der Bundesbank, Juli 1996, S. 36.

Mitte der neunziger Jahre Produkte der Agrar- und Forstwirtschaft²⁶.

Auf die Analyse des Kapitalverkehrs als Ganzes kann hier nicht eingegangen werden, denn er ist noch durch die politischen Beziehungen der Vorwendezeit mitgeprägt und insgesamt zu kompliziert für die Darstellung in einer solchen knappen Studie. Regierungskredite, staatlich garantierte Bankkredite, Umschuldungen und private Kredite sind hier in ihrer jeweiligen Bedeutung nicht darstellbar. Der gesamte Kapitalverkehr und die Salden aus Übertragungen von Privatpersonen und aus dem Reiseverkehr haben aber zu dem problematisch gewordenen Anstieg der Währungsreserven geführt. Auch in die Gegenrichtung findet nunmehr ein nicht unbedeutender Kapitaltransfer statt²⁷.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass sowohl der Warenhandel wie auch das finanzielle Engagement deutscher Firmen eine außerordentliche Dynamik aufweisen. Nahezu zehn Prozent aller deutschen Direktinvestitionen wurden schon Mitte der neunziger Jahre in den MOE-Staaten getätigt, mehr als in den Wachstumsregionen Südostasiens²⁸. Das geschieht offenbar aus gutem Grund, denn die Prognose für die MOE-Staaten wird auch seitens der Bundesbank als überdurchschnittlich positiv bewertet²⁹.

V. Die Wiedererstehung traditioneller Wirtschaftsbeziehungen

Was nun historisch-geographisch am meisten besticht, ist, dass sich als Gebiete besonderer Dynamik genau diejenigen wieder herauskristallisieren, die bis zum Ersten Weltkrieg auf der zweiten europäischen Entwicklungsschiene zu lokalisieren waren: Es ist der Süden der ehemaligen DDR, Nordwest-Böhmen, das Gebiet um Brünn und Pressburg sowie Westungarn und im heutigen Polen das Gebiet um Posen sowie Schlesien. Dazu kommt, dass Berlin schon jetzt beginnt, wieder in seine alte Metropolfunktion hineinzuwachsen. Damit wird auch der alte Abzweig von der Schiene Hamburg–Wien wieder reaktiviert, nämlich die Schiene Hamburg–Berlin–Breslau–Kraukau.

Schauen wir uns eines dieser Länder etwas genauer an. Als das Land mit den besten Aussich-

ten, den Anpassungsprozess schnell und dauerhaft zu schaffen, galt von Anfang an die Tschechische Republik. Die Trennung von der Slowakei wurde als Erleichterung für diesen Prozess angesehen, weil Prag damit die Verantwortung für deren strukturschwache Gebiete loswurde. Wenn die These von der traditionellen Schiene besonderer Dynamik irgendwo festzumachen ist, dann am Beispiel Tschechiens – liegt es doch genau zwischen den beiden Endpunkten dieser geographischen Zone, zwischen Hamburg und Wien. So wird man die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Tschechiens mit Deutschland und Österreich in ihrer Entwicklung besonders beachten müssen. Da das Gebiet um Pressburg der Wiener Region hinzugerechnet werden kann, als Region aus dem slowakischen Außenhandel jedoch nicht besonders ausweisbar ist, wird im Folgenden der slowakische Handel mit Tschechien zu einem Drittel dieser Kategorie zugerechnet.

Die Tabelle 2 macht die enorme Bedeutung dieser wirtschaftlichen Verflechtung für Tschechien deutlich. Nicht nur, dass Deutschland der wichtigste Handelspartner ist – dies sowohl beim Im- wie beim Export –, es wird auch deutlich, dass die Summe der drei beteiligten Partner Deutschland, Österreich und Westslowakei gut vierzig Prozent bei den tschechischen Importen und sogar um 47 Prozent bei den Exporten ausmacht. Dabei sind die tschechischen Importe von 1995 bis 1997 von 20,9 Mrd. US-Dollar auf knapp 27 Mrd. US-Dollar gestiegen und die Exporte von 17,1 Mrd. US-Dollar auf 22,5 Mrd. US-Dollar. Deutschland alleine konnte in dieser Zeit seine Exporte um ca. dreißig Prozent steigern und nahm auch ca. zwanzig Prozent mehr tschechische Waren auf. Der tschechische Außenhandel ist also außerordentlich dynamisch, der Import aus Deutschland wächst aber überproportional³⁰.

Nun ist sowohl 1997 wie 1998 das Wachstum der tschechischen Wirtschaft ins Stocken geraten. Die Wirtschaft macht eine zweite Krise nach der Anpassungskrise von 1990/93 durch. Wirtschaftsexperten halten diese Krise für hausgemacht. Die Wirtschaftspolitik zur Eindämmung der inflationären Entwicklung und zur Reduktion des Außenhandelsdefizits sei dafür verantwortlich³¹. Als zweiter Grund wird die nicht zu Ende geführte Privatisierung genannt. Formalrechtlich ist das zwar geschehen, aber über die mit hohen staatlichen Kapitalanteilen kontrollierten Großbanken wür-

26 Vgl. ebd., S. 37.

27 Vgl. ebd., S. 38 ff.

28 Vgl. ebd., S. 44.

29 Vgl. ebd., S. 45.

30 Berechnet nach Statistická Ročenka České Republiky, Statistical Yearbook of the Czech Republic '98, Praha 1998.

31 Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai) (Hrsg.), Wirtschaftstrends. Tschechische Republik zum Jahreswechsel 1998/99, besonders S. 12 ff.

Tabelle 2: Der Außenhandelsanteil Tschechiens mit Deutschland, Österreich und der Slowakei (in v. H.)

Import aus				Export nach			
1995	D	31,7	} 42,5	D	37,6	} 48,8	
	Ö	6,9		Ö	6,6		
	1/3 SI	3,9		1/3 SI	4,6		
1996	D	29,8	} 38,6	D	35,9	} 47,0	
	Ö	5,6		Ö	6,4		
	1/3 SI	3,2		1/3 SI	4,7		
1997	D	31,9	} 40,2	D	36,0	} 46,8	
	Ö	5,5		Ö	6,5		
	1/3 SI	2,8		1/3 SI	4,3		
1998*	D	33,7	} 42,1	D	37,8	} 47,9	
	Ö	5,9		Ö	6,5		
	1/3 SI	2,5		1/3 SI	3,6		

* Daten 1. Halbjahr 1998.

Quelle: Zusammengestellt und teilweise berechnet nach: Tschechische Republik. Jahreswirtschaftsbericht 1997, Juli 1998, herausgegeben von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, sowie Statistická Ročenka České Republiky, Statistical Yearbook of the Czech Republic '98, Praha 1998.

den indirekt erhebliche Teile großindustrieller Produktion staatlich kontrolliert. Diese Wirtschaftszweige seien weiterhin wenig produktiv, international kaum wettbewerbsfähig und stellten zunehmend eine gesamtwirtschaftliche Belastung dar.³²

Was aber die Wirtschaftszweige betrifft, die eine hohe außenwirtschaftliche Verflechtung aufweisen, so expandieren sie z. T. mit zweistelligen Zuwachsraten. So nahm der Export an Maschinen und Transportmitteln 1998 um 43 Prozent zu. Dieser Teil der Exporte umfasste im 1. Halbjahr 1998 ca. 40 Prozent der Gesamtexporte. An Straßenfahrzeugen wurden sogar rund 60 Prozent mehr exportiert als in der gleichen Zeit des Vorjahres³³.

Fragt man nach der Entwicklung der Struktur des Außenhandels mit Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner Tschechiens, wird zusätzlich zur positiven Umfangsentwicklung auch eine positive strukturelle Veränderung deutlich. In den Jahren 1996/97 beginnt eine Verschiebung zu Gunsten von Vorerzeugnissen und Enderzeugnissen bei den tschechischen Exporten nach Deutschland. Während Halbwarenexporte nur noch um 7,14 Prozent wachsen, nehmen die Vorerzeugnisse um 14,46 Prozent und die Enderzeugnisse schon um 25,46 Prozent zu. Hier kündigen sich die Folgen deutscher Investitionspolitik in Tschechien aus den Vorjahren an, in denen deutsche Unternehmer die Voraussetzungen zur Endfertigung im Nachbarland schufen, weil dort qualifizierte Arbeitskräfte erheblich billiger waren als in Deutschland. Das

hat auf der tschechischen Importseite sein Äquivalent, wenn auch noch nicht der Menge nach, wohl aber in der Dynamik. Die Importe an Vorerzeugnissen sind um 20,09 Prozent, am meisten aber mit 34,79 Prozent die der Halbwaren gestiegen. Letzteres Wachstum ist aber noch auf einer relativ geringen Stufe absoluter Zahlen zustande gekommen³⁴.

Kommen wir zu einer der wichtigsten Voraussetzungen dieses Trends, den ausländischen Direktinvestitionen. Von 1991 bis 1997 sind insgesamt 8,2 Mrd. US-Dollar in Tschechien investiert worden. 1995 war das Jahr mit der absolut höchsten Investitionssumme mit fast 2,5 Mrd. US-Dollar³⁵. Deutschland ist auch als Investor der größte Partner Tschechiens. Zwar schwanken die Transfersummen von Jahr zu Jahr sowohl nach absoluten Zahlen wie auch den Anteilen nach, aber seine Position bleibt unangefochten. Schwanken die Anteile deutscher Investitionen von ca. 18,1 Prozent (1996) bis 48,4 Prozent (1994)³⁶, so bleibt doch über die Jahre hinweg der deutsche Anteil dominierend. Rechnet man nun noch den Anteil österreichischer Investitionen dazu, so wird die These von der Wiederherstellung der traditionellen mitteleuropäischen Wachstumszone auch dadurch eindrucksvoll bestätigt.

Deutsche Investitionen bevorzugten bestimmte Wirtschaftszweige. Das verarbeitende Gewerbe

³⁴ Vgl. Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (Anm. 32), S. 42.

³⁵ Vgl. ebd., S. 32.

³⁶ Der Wert für 1994 aus: Czech Republic. Country Profiles. Presented on the occasion of the EBRD Annual Meeting Business Forum London, 12.–15. April 1997; der Wert für 1996 errechnet nach: Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (Anm. 32), S. 38, Tab. 3.1.a.

³² Vgl. Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (Hrsg.), Jahresbericht 1997, S. 34 ff. und bfai, ebd. S. 14 f.

³³ Vgl. bfai, ebd., S. 18 und 44.

Tabelle 3: Kumulative Anteile der deutschen und österreichischen Direktinvestitionen an den ausländischen Direktinvestitionen in Tschechien (in v. H.)

1990 bis einschließlich März 1993*	
aus Deutschland	32,2
aus Österreich	3,5
zusammen	35,7
1993–1997**	
aus Deutschland	27,9
aus Österreich	7,3
zusammen	35,2
1990–1997***	
aus Deutschland	27,9
aus Österreich	7,3
zusammen	35,2

Quellen: * Deutsche Bank Research (Hrsg.), Osteuropa auf Reformkurs, H. 8, Tschechische Republik, S. 43; ** vgl. Deutsch-Tschechische IHK

hat von 1993 bis 1997 ca. 2,375 Mrd. DM investiert. Das entspricht ungefähr 46 Prozent aller Investitionen in diesem Zeitraum. Der nächstgrößere Sektor ist das Grundstücks- und Wohnungswesen. Hier wird allerdings erst seit 1995 in nennenswertem Umfang investiert. 1997 war dies aber mit 34,64 Prozent der größte Posten vor dem verarbeitenden Gewerbe mit nur noch 29,06 Prozent Anteil. Von Bedeutung sind dann noch der Handel mit und die Instandsetzung von Kfz sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe³⁷.

Verschiebungen in den Branchen werden ergänzt durch Verschiebungen in den Anlagearten. Während Beteiligungskapital tendenziell abnimmt, nehmen die reinvestierten Gewinne und die langfristigen Kredite zu. Hauptgrund dafür sind die Finanzierungsschwierigkeiten im Lande selbst, sodass die Finanzierung im Herkunftsland der Investitionen betrieben wird³⁸.

Das Fazit dieser Recherche lautet deshalb: Für die Tschechische Republik als die traditionelle Region besonderer wirtschaftlicher und kultureller Dynamik bis 1914 gelten die folgenden Entwicklungen als Ausweis der Wiederherstellung dieser traditionellen Dynamik:

1. In Tschechien ist eine besondere Dynamik der mit dem Außenhandel verflochtenen Wirtschaftszweige zu erkennen, bei Stagnation oder Rückschritt in anderen Bereichen.

³⁷ Vgl. Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer, ebd., S. 38, Tab. 3.1.a.

³⁸ Vgl. ebd., S. 38, Tab. 3.1.b.

2. Ein Teil dieser Dynamik kommt durch ausländische, in entscheidendem Umfang deutsche und österreichische Direktinvestitionen zustande.
3. Diese Dynamik schlägt sich in einem besonderen Wachstum des Außenhandels mit Deutschland und Österreich nieder.
4. Dieses Wachstum bleibt selbst bei einer gravierenden binnenwirtschaftlichen Stagnation (1997/98) erhalten. Der Außenhandel kompensiert zu einem erheblichen Teil diese binnenwirtschaftliche Problematik.

VI. Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Rekonstruktion der Wirtschaft in den MOE-Staaten insoweit gelingt, als diese als Ganzes oder teilweise in den Zonen traditioneller kultureller und ökonomischer Dynamik Mitteleuropas liegen. Für die Tschechische Republik ist dies eindeutig der Fall, Slowakei und Ungarn erleben diese Dynamik im weiteren Umfeld des Wiener Beckens, also mit der Region um Pressburg und in Westungarn bis Budapest. Slowenien hat die räumliche Nähe von Oberitalien und Wien. Die polnischen Verhältnisse mit den westlichen Gebieten Schlesiens, Posens und der Region um Kattowitz und Krakau sind aus den angegebenen Gründen nicht so eindeutig beschreibbar, aber auch hier ist der Trend unübersehbar, zumindest, was die dominierende Rolle Deutschlands im Außenhandel betrifft.

Mit ihren Entscheidungen, sich an die EU anzuschließen, haben diese fünf Länder den entscheidenden Schritt getan, aus der nationalistischen „nationalökonomischen“ Fixierung der zwanziger und dreißiger Jahre auszubrechen und – da die Sowjetunion zerfallen ist, auch in keinem der Reformstaaten eine Rückkehr zu sozialistischen Experimenten in Frage kommt – mit diesem Schritt die Rückkehr in das Weltwirtschaftssystem zu bewerkstelligen. Ähnliches gilt für die baltischen Staaten, die ihre traditionellen Bezugssysteme im Ostseeraum und nach Hamburg wieder aufleben lassen. Soweit die Reformstaaten an den traditionellen Regionen besonderer Dynamik teilhaben, haben sie das größte ökonomische Wachstumspotenzial. Für Deutschland sind diese Gebiete heute schon wichtiger als der US-Markt oder die Märkte Ostasiens.

Die Frage ist natürlich, wie ein solcher Wandel so schnell mit so guten Aussichten möglich war.

Sicher waren die kulturellen Traditionen in diesen Ländern eine, wenn nicht sogar *die* entscheidende Voraussetzung. Wie sollte man sich sonst die völlig andere Entwicklung in den GUS-Ländern erklären? Trotz aller Reglementierung, politischen Unterdrückung und Zentrierung auf Moskau ist in der kommunistischen Ära diese kulturelle Dynamik nicht ganz verschwunden. Selbst im ökonomischen Sektor war das schon vor 1989 so. In einer mittlerweile fünfzehn Jahre alten Studie wurde schon für die achtziger Jahre eine enorme privatwirtschaftliche Dynamik in Polen festgestellt³⁹. Übrigens gilt das Gleiche für Ungarn. Etwa 40 Prozent des Einkommens der Wirtschaftssubjekte kamen in diesen Ländern schon Mitte der achtziger Jahre aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit.

Solchen Initiativen kamen die neuen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nach 1990 entgegen. Privatisierung (wenn auch noch nicht überall abgeschlossen), Liberalisierung, Öffnung für ausländische Direktinvestitionen sowie eine systemkonforme Währungs- und Finanzpolitik geben nunmehr den ökonomischen Initiativen den notwendigen Freiraum. Hinzu kommt, dass auf Grund der kulturellen Tradition gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die wegen der ökonomischen Situation in Europa konkurrenzlos billig sind. Deren politische und emotionale Orientierung geht in Richtung Westen. Russland ist in nahezu jeder Hinsicht abschreckendes Beispiel. Damit sind auch die innenpolitischen Bedingungen für die Integration in die EU gegeben.

Mit all diesen Faktoren wird eine tief greifende, ja fundamentale ökonomische Verflechtung mit Westeuropa vorangetrieben, dies nicht nur im Außenhandel, sondern auch durch die ausländischen Direktinvestitionen, die Schlüsselfunktionen im Rekonstruktionsprozess innehaben. Beides aber führt unausweichlich auch (wieder) zu einer deutschen ökonomischen Dominanz. Diese Gebiete haben sich zu einem Experimentier- und Exerzierfeld für deutsches Kapital entwickelt. Diese deutsche Dominanz – auf dem Wege, die Rolle vor 1914 wieder zu erlangen – wirft die Frage auf, wie die kleinen Nationen sie politisch-emotional verarbeiten. Das hängt zum großen Teil auch von der deutschen Politik ab – vor allem, ob sie wieder wie früher versucht, ökonomische Dominanz in politische Macht umzumünzen. Das Ergebnis hängt aber auch davon ab, ob die kleinen Nationen begreifen, dass die ökonomische Dominanz die Voraussetzung zur langfristigen ökonomischen Gesundung ihrer Wirtschaften ist, oder

39 Vgl. Jacek Rostowski, *The Decay of Socialism and the Growth of Private Enterprise in Poland*, in: *Sowjet Studies*, Bd. 41, H. 2, S. 194–214.

anders gesagt, dass die kleinen Nationen einsehen müssen, dass sie mehr oder weniger vom Verhältnis von Zentrum und Peripherie abhängig sind, wie dies Europa über Jahrhunderte geprägt hat.

Der Begriff „Mitteleuropa“ ist auch eine soziokulturelle Metapher für das, was sich sowohl ökonomisch als Entwicklungstrend abzeichnet wie kulturell neu geformt wird⁴⁰. Das traditionsgesättigte Mitteleuropa ist aber untergegangen. Es ist eine romantisch abstrahierende Variante vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und – als Nachfolgerin – der Donaumonarchie⁴¹. Dabei wurden die konkreten politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in diesem kulturellen „Mitteleuropa“ allzu oft verdrängt. Eine kulturelle Einheit trotz nationaler Vielfalt ist die Vision, Vorbild die Symbiose aus deutscher, jüdischer und slawischer Kultur. Nur: Die Juden wurden von den Deutschen ermordet, die Deutschen wurden von den Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn – und anderen – vertrieben (und auch ermordet); übrig geblieben ist ein nationalistischer Provinzialismus⁴².

Der neue Nationalismus ist in seiner Virulenz nur schwer abschätzbar. Ob die alte Angst vor deutscher Vorherrschaft unter den Bedingungen europäischer ökonomischer und politischer Lösungen wieder aufleben wird, ist offen. Aber die Wirtschaftsgeschichte der Region bis 1914 könnte auch wieder ihre Zukunft sein. Das heißt nicht, dass die alten Verhältnisse zurückkehren. Dazu hat sich in West- und Osteuropa zu viel im letzten Jahrhundert geändert. Was aber wieder entstehen wird, sind die alten Strukturzusammenhänge und Beziehungssysteme in vielfältig geänderter und modernisierter Form; getragen werden sie von der traditionellen kulturellen Virulenz und der neuen ökonomischen Dynamik. Eines ist deshalb sicher: Mitteleuropa wird in den nächsten zwei Jahrzehnten eines der aufregendsten ökonomischen „Entwicklungsgebiete“ bleiben. Und diese Entwicklung wird im Ostseeraum, vor allem aber auf der alten Schiene Hamburg–Wien und Hamburg–Berlin–Breslau–Krakau stattfinden.

40 Es gibt eine große Zahl von programmatischen Schriften aus der Perspektive deutscher Dominanzhoffnungen und Befürchtungen vor einer solchen Dominanz in und um den Begriff Mitteleuropa. Vgl. Martin Kutz, *Die Mitte Europas – Mitteleuropa. Eine Ideologie im Wandel 1900–1992*, in: *Sbornik, Vojenské Akademie v Brně, venovaný mezinárodní konferenci Cesi a Slováci ve Strédni–Europě ve 20 (Sbornik, Militárakademie Brunn, Wissenschaftliche Konferenz über die Rolle Tschechiens und der Slowakei in Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts) Století, Brně 1993.*

41 Vgl. Moritz Csáky, *Österreich und die Mitteleuropa-idee*, in: *Europäische Rundschau*, (1988) 2.

42 Vgl. Karl Heinz Bohrer, *Provinzialismus (VI), Europrovinzialismus*, in: *Merkur*, (1992) S. 88–90.